

Inhaltsübersicht

Abkürzungsverzeichnis	1
Vorwort	5
§ 1 Problemstellung, Ziel und Ablauf der Untersuchung.	7
§ 2 Zulässigkeit von Absprachen im Jugendstrafrecht	17
A. Grundlagen.	17
I. Definition der Absprache im Jugendstrafrecht	17
II. Terminologie.	24
III. Absprachen in der Hauptverhandlung	25
B. Jugendstrafrecht im Vergleich mit Erwachsenenstrafrecht	27
I. Die Eigenständigkeit des Jugendstrafrechts	27
II. Gravierende Unterschiede	29
III. Grundlegende Gemeinsamkeiten	45
IV. Das Konkurrenzverhältnis zwischen Jugend- und Erwachsenenstrafrecht	46
C. Die allgemein-strafrechtliche Absprachendiskussion in der Rechtswissenschaft	49
I. Entwicklung und Standpunkt in der Rechtswissenschaft	49
II. Stellungnahme	64
D. Pro und Contra Absprachen im Jugendstrafrecht	65
I. Übertragung der allgemein-strafrechtlichen Argumente	65
II. Modifizierung der allgemein-strafrechtlichen Argumente	66
III. Der Erziehungsgedanke im Konflikt mit Urteilsabsprachen	115
IV. Zusammenfassung	148

§ 3 Die Rechtsprechung zur Zulässigkeit von Absprachen im allgemeinen Strafrecht und deren Anwendbarkeit im Jugendstrafrecht.	. 153
A. Grundsatzentscheidungen zur Absprachenproblematik im allgemeinen Strafrecht.	. 153
I. BVerfG, Kammerbeschluss vom 27.01.1987 ²	. 154
II. BGH, Urteil vom 28.8.1997 ⁴	. 157
III. BGH, Beschluss des Großen Senats für Strafsachen vom 03.03.2005 ⁶	. 172
IV. Zusammenfassung der Leitlinien: Mindestvoraussetzungen einer zulässigen Urteilsabsprache	. 195
B. Übertragung der Leitlinien der Rechtsprechung auf das Jugendstrafrecht.	. 201
I. Modifizierte Verfahrensvoraussetzungen für Urteilsabsprachen im Jugendstrafrecht	. 202
II. Modifizierte inhaltliche Voraussetzungen für Urteilsabsprachen im Jugendstrafverfahren	. 220
III. Bindungswirkung einer zulässigen Absprache	. 234
IV. Konsequenzen bei gescheiterter Absprache	. 237
V. Zusammenfassung: Modifizierte Leitlinien für Urteilsabsprachen im Jugendstrafrecht	. 240
§ 4 Empirische Untersuchung zur Absprachenpraxis im Jugendstrafrecht.	. 245
A. Methode	. 246
I. Papier- und Onlinefragebogen	. 246
II. Versuchspersonen	. 248
III. Durchführung der Befragung.	. 250
IV. Bundesländer	. 252
V. Statistik	. 260
B. Ergebnisse	. 260
I. Papier- und Onlinefragebogen	. 260
II. Absprachenhäufigkeit	. 264
III. Abspracheninitiative	. 287

Inhaltsübersicht

IV. Absprachenort294
V. Absprachenbeteiligte295
VI. Absprachengründe308
VII. Abspracheninhalte316
VIII. Protokollierung von Absprachen327
IX. Überprüfung des absprachebedingten Geständnisses331
X. Verbindlichkeit von Absprachen332
XI. Scheitern von Absprachen333
XII. Absprache – Erziehungsgedanke339
XIII. Rechtsgrundlage für Absprachen351
XIV. Gesetzliche Regelung von Absprachen im JGG355
C. Diskussion357
I. Nachteil einer retrospektiven Untersuchung – Subjektive Sichtweise der Versuchspersonen357
II. Vergleich mit Untersuchungen im allgemeinen Strafrecht358
III. Überprüfung anhand der Leitlinien der Rechtsprechung zum allgemeinen Strafrecht377
IV. Überprüfung der Abspracheninhalte im Jugendstrafrecht383
§ 5 Zusammenfassung und rechtspolitischer Ausblick385
A. Zusammenfassung385
B. Rechtspolitischer Ausblick.390
I. Gesetzentwurf des Bundesrates vom 15.12.2006392
II. Anwendbarkeit im Jugendstrafrecht394
III. Fazit396
Literaturverzeichnis399
Anhang I: Papier-Fragebogen433
Anhang II: Signifikante Ergebnisse443
Anhang III: Abbildungsverzeichnis507
Anhang IV: Tabellenverzeichnis509

Inhaltsübersicht

Anhang V: Gesetzentwurf des Bundesrates.517

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	1
Vorwort	5
§ 1 Problemstellung, Ziel und Ablauf der Untersuchung	7
§ 2 Zulässigkeit von Absprachen im Jugendstrafrecht	17
A. Grundlagen	17
I. Definition der Absprache im Jugendstrafrecht	17
1. Definitionsansätze im allgemeinen Strafrecht	17
2. Abgrenzungen	18
a) Offenes Verhandeln und prozessuale Absprachen	18
b) Gesetzlich vorgesehene Verständigungsmöglichkeiten im JGG.	19
aa) Allgemein	20
bb) Diversion, § § 45, 47 JGG	20
3. Kriterien für eine Absprache	23
II. Terminologie	24
III. Absprachen in der Hauptverhandlung	25
B. Jugendstrafrecht im Vergleich mit Erwachsenenstrafrecht	27
I. Die Eigenständigkeit des Jugendstrafrechts	27
II. Gravierende Unterschiede	29
1. Der Erziehungsgedanke im Jugendstrafrecht	29
a) Erziehungsgedanke und andere Strafzwecke	30
b) Verankerung des Erziehungsgedankens im JGG	32
c) Erziehungsziel: Auslegung eines unbestimmten Rechtsbegriffs	34
d) Kritik am Erziehungsgedanken	36
e) Stellungnahme	38

Inhaltsverzeichnis

2.	Das formelle Jugendstrafrecht	39
a)	Die Jugendgerichtsverfassung	39
b)	Das Jugendstrafverfahren	41
aa)	Besondere Ausgestaltung der Hauptverhandlung	41
bb)	Besondere Verfahrensbeteiligte	42
3.	Das materielle Jugendstrafrecht	43
a)	Alters- und Reifestufen	43
b)	Rechtsfolgen	44
III.	Grundlegende Gemeinsamkeiten	45
1.	Die prozessualen Minima	45
2.	Jugendstrafrecht als „echtes“ Strafrecht	46
IV.	Das Konkurrenzverhältnis zwischen Jugend- und Erwachsenenstrafrecht	46
C.	Die allgemein-strafrechtliche Absprachendiskussion in der Rechtsliteratur	49
I.	Entwicklung und Standpunkt in der Rechtsliteratur	49
1.	Maßgebliche Einflüsse	49
2.	Gegenwärtiger Meinungsstand	53
a)	Die Befürworter von Absprachen	54
aa)	Ansätze einer Konsensorientierung im allgemeinen Strafverfahren	54
bb)	Prozessökonomische Gründe	56
b)	Die Absprachengegner	59
aa)	Fehlende gesetzliche Grundlage	60
bb)	Unvereinbarkeit mit strafprozessualen Grundsätzen	61
II.	Stellungnahme	64
D.	Pro und Contra Absprachen im Jugendstrafrecht	65
I.	Übertragung der allgemein-strafrechtlichen Argumente	65
II.	Modifizierung der allgemein-strafrechtlichen Argumente	66
1.	Ansätze einer Konsensorientierung im Jugendstrafrecht	66
a)	Vereinfachtes Jugendverfahren (§ § 76–78 JGG).	66
b)	Täter-Opfer-Ausgleich	68

Inhaltsverzeichnis

c)	Diversion (§ § 45, 47 JGG)	71
aa)	§ 45 JGG	72
bb)	§ 47 JGG	73
cc)	Fazit.	73
d)	Stellungnahme	74
2.	Verbot der Schlechterstellung Jugendlicher gegenüber Erwachsenen.	77
a)	Ausgangspunkt: Art. 3 I 1 GG.	77
b)	Stellungnahme	79
3.	Spezielles Beschleunigungsgebot im Jugendstrafrecht	81
a)	Sinn und Zweck.	82
b)	Stellungnahme	84
4.	Spezielle Aufklärungspflichten gem. § 43 JGG.	85
a)	Umfang der Ermittlungen	85
b)	Stellungnahme	86
5.	Grundsatz der Öffentlichkeit im Jugendstrafrecht	88
a)	Schutzzweck des § 169 GVG	89
b)	Einschränkung im Jugendstrafrecht	91
c)	Stellungnahme	93
6.	Anwesenheits- und Mitwirkungsrechte der Verfahrensbeteiligten im Jugendstrafrecht	93
a)	Der Angeklagte	94
aa)	Anwesenheitspflicht gem. § 50 I JGG	94
bb)	Zeitweilige Ausschließung gem. § 51 I JGG.	95
cc)	Stellungnahme	96
b)	Der Erziehungsberechtigte und der gesetzliche Vertreter.	97
aa)	Verfahrensstellung gem. § 67 JGG.	98
bb)	Stellungnahme	99
c)	Die Jugendgerichtshilfe	100
aa)	Einbeziehung der JGH in das Verfahren.	100
bb)	Stellungnahme	101
d)	Der Verletzte	102
aa)	Die Rolle des Verletzten im Strafrecht.	102
bb)	Die Befugnisse des Verletzten im Jugendstrafrecht.	103

Inhaltsverzeichnis

cc) Stellungnahme	106
e) Fazit.	108
7. Besonderer Stellenwert des Geständnisses im Jugendstrafverfahren	108
a) Das Recht zu Schweigen	109
b) Geständnisfreudigkeit im Jugendstrafverfahren	109
c) Gefahr von Falschgeständnissen	110
d) Stellungnahme	111
8. Zusammenfassung	113
III. Der Erziehungsgedanke im Konflikt mit Urteilsabsprachen	115
1. Geständnis im Konflikt mit dem Erziehungsgedanken	115
a) Das abgesprochene Geständnis als Strafmilderungsgrund	115
b) Die Verwertung eines abgesprochenen Geständnisses im Jugendstrafrecht	118
aa) Einfluss auf das Erziehungsbedürfnis des Angeklagten.	119
bb) Ansicht Eisenberg	121
cc) Ansicht Laubenthal	121
(1) Der Heranwachsende im Jugendstrafrecht	122
(2) Der erwachsene Straftäter im Jugendstrafrecht	124
c) Fazit.	125
2. Zusage einer Strafobergrenze im Konflikt mit dem Erziehungsgedanken	126
a) Spannungsverhältnis zwischen Strafe und Erziehung	127
b) Bedeutung des Erziehungsgedankens für die Sanktionen im Jugendstrafrecht	128
aa) Erziehungsmaßregeln	129
bb) Zuchtmittel	129
(1) § 13 I JGG	129
(2) Strafcharakter.	130
(3) Stellungnahme	130

Inhaltsverzeichnis

cc) Besonderheit: Täter-Opfer-Ausgleich	132
(1) Verwirklichte Strafzwecke	132
(2) Aspekt der Freiwilligkeit	134
(3) Stellungnahme	135
dd) Jugendstrafe	135
(1) Jugendstrafe als „echte“ Kriminalstrafe.	135
(2) Jugendstrafe wegen schädlicher Neigungen, § 17 II 1 Alt. 1 JGG	136
(3) Jugendstrafe wegen Schwere der Schuld, § 17 II 1 Alt.2 JGG	138
(a) Berücksichtigung generalpräventiver Aspekte bei der Verhängung der Jugendstrafe	139
(aa) Ansicht der Rechtsprechung	139
(bb) Kritik in der Literatur.	139
(cc) Stellungnahme	141
(b) Berücksichtigung generalpräventiver Aspekte bei der Bemessung der Jugendstrafe	143
(aa) § 18 II JGG	144
(bb) Erzieherische Wirkung einer Jugendstrafe zwischen 5 und 10 Jahren	144
(cc) Stellungnahme	145
3. Fazit	146
IV. Zusammenfassung	148

§ 3 Die Rechtsprechung zur Zulässigkeit von Absprachen im allgemeinen Strafrecht und deren Anwendbarkeit im Jugendstrafrecht.

153

A. Grundsatzentscheidungen zur Absprachenproblematik im allgemeinen Strafrecht	153
I. BVerfG, Kammerbeschluss vom 27.01.1987	154
1. Sachverhalt	154
2. Lösung des BVerfG	154
3. Stimmen in der Literatur	155

Inhaltsverzeichnis

4. Fazit157
II. BGH, Urteil vom 28.8.1997157
1. Rückblick: Die Rechtsprechung des BGH zu Urteilsabsprachen157
2. Sachverhalt160
3. Lösung des BGH.160
4. Mindestanforderungen an eine Urteilsabsprache163
5. Stimmen in der Literatur164
6. Fazit166
7. Weiterentwicklung der Rechtsprechung167
III. BGH, Beschluss des Großen Senats für Strafsachen vom 03.03.2005172
1. Rückblick172
a) Die Bedeutung des Rechtsmittelverzichts für die Absprachenpraxis173
b) Der Streit innerhalb der Strafsenate174
aa) Positionen in den Senaten175
bb) Anfrageverfahren des 3. Senats176
cc) Stellungnahmen in den Senaten177
dd) Vorlagebeschluss des 3. Senats178
2. Lösung des Großen Senats178
ee) Zulässigkeit von Urteilsabsprachen179
ff) Grenzen richterlicher Rechtsfortbildung.180
gg) Beantwortung der Vorlegungsfragen.181
(1) Zulässigkeit eines abgesprochenen Rechtsmittelverzichts181
(2) Wirksamkeit eines abgesprochenen Rechtsmittelverzichts182
(a) Grundsatz: Unwirksamkeit des abgesprochenen Rechtsmittelverzichts182
(b) Ausnahme: Qualifizierte Belehrung.184
(c) Folge184
hh) Rechtspolitischer Appell185
3. Stimmen in der Literatur185
4. Weiterentwicklung der Rechtsprechung190
5. Offene Fragen191

Inhaltsverzeichnis

6. Fazit192
IV. Zusammenfassung der Leitlinien: Mindestvoraussetzungen einer zulässigen Urteilsabsprache .195	
1. Das Verfahren195
a) Allgemein195
b) Geständnis196
c) Protokollierung197
2. Der Inhalt197
a) Unzulässiger Absprachegegenstand198
b) „Sanktionsschere“198
c) Rechtsmittelverzicht198
3. Die Folgen199
a) Bindungswirkung einer zulässigen Absprache199
b) Konsequenzen bei gescheiterten Absprachen200
B. Übertragung der Leitlinien der Rechtsprechung auf das Jugendstrafrecht201
I. Modifizierte Verfahrensvoraussetzungen für Urteilsabsprachen im Jugendstrafrecht202
1. Spezielle Aufklärungspflichten gem. § 43 JGG202
2. Mitwirkung aller Verfahrensbeteiligter203
a) Der Angeklagte203
aa) Möglichkeit des zeitweiligen Ausschlusses gem. § 51 I 1 JGG203
bb) Stellungnahme204
b) Der Erziehungsberechtigte und der gesetzliche Vertreter206
aa) Verfahrensposition der Eltern des Jugendlichen206
bb) Stellungnahme206
c) Die Jugendgerichtshilfe208
aa) Beteiligung der JGH im gesamten Verfahren208
bb) Anwesenheitspflicht in der Hauptverhandlung209
cc) Stellungnahme210

Inhaltsverzeichnis

d) Der Verletzte211
e) Die übrigen Verfahrensbeteiligten im Jugendstrafverfahren212
aa) Jugendschöffen213
bb) Jugendgericht, Jugendstaatsanwalt und Strafverteidiger213
3. Strafmildernde Wirkung des abgesprochenen Geständnisses214
4. Protokollierungspflicht in der Hauptverhandlung.216
cc) Einschränkung der Öffentlichkeitsmaxime im Jugendstrafverfahren216
dd) Protokollierungspflicht der Absprache.217
5. Jugendgemäße Verkündung des abgesprochenen Urteils218
II. Modifizierte inhaltliche Voraussetzungen für Urteilsabsprachen im Jugendstrafverfahren220
1. Unzulässige Absprachegegenstände221
a) Zusage einer Strafobergrenze221
b) Anwendung von Jugendstrafe auf einen Heranwachsenden, § 105 I JGG223
aa) § 105 I Nr. 1 JGG224
bb) § 105 I Nr. 2 JGG224
cc) Fazit225
c) Zusage einer Bewährungsstrafe226
aa) Aussetzung der Jugendstrafe zur Bewährung gem. § 21 JGG.226
bb) Vorbewährung.227
cc) Aussetzung der Verhängung der Jugendstrafe gem. § 27 JGG.228
dd) Fazit.229
2. Rechtsmittelverzicht230
3. Absprache im verbundenen Verfahren232
III. Bindungswirkung einer zulässigen Absprache234
IV. Konsequenzen bei gescheiterter Absprache237

Inhaltsverzeichnis

V. Zusammenfassung: Modifizierte Leitlinien für Urteilsabsprachen im Jugendstrafrecht240
1. Das Verfahren240
a) Allgemein240
b) Geständnis241
c) Protokollierung241
d) Urteilsverkündung241
2. Der Inhalt242
a) Unzulässiger Absprachegegenstand242
b) Rechtsmittelverzicht243
c) Absprachen im verbundenen Verfahren243
3. Die Folgen243
a) Bindungswirkung einer zulässigen Absprache243
b) Konsequenzen bei gescheiterter Absprache244
4 Empirische Untersuchung zur Absprachenpraxis im Jugendstrafrecht245
A. Methode246
I. Papier- und Onlinefragebogen246
1. Inhalt246
2. Konstruktion des Onlinefragebogens248
II. Versuchspersonen248
III. Durchführung der Befragung250
1. Bei der Justiz250
2. Bei StrafverteidigerInnen251
3. Bei der Deutschen Vereinigung für Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfen251
IV. Bundesländer252
1. Allgemein252
2. Verhältnis alte und neue Bundesländer257
3. Verhältnis Nord/Süd258
V. Statistik260
B. Ergebnisse260
I. Papier- und Onlinefragebogen260

Inhaltsverzeichnis

II.	Absprachenhäufigkeit264
1.	Allgemein in Jugendstrafverfahren264
a)	Absprachenhäufigkeit bei den einzelnen Berufsgruppen266
b)	Absprachenhäufigkeit in den einzelnen Bundesländern267
aa)	Allgemein267
bb)	Alte und neue Bundesländer268
cc)	Nord/Süd269
c)	Zusammenhänge270
2.	Unterschied in der Absprachepraxis zwischen Jugendlichen und Heranwachsenden271
3.	Absprachenhäufigkeit in den einzelnen Verfahrensstadien275
a)	Ermittlungsverfahren275
b)	Zwischenverfahren278
c)	Hauptverfahren279
4.	Absprachenhäufigkeit bei den einzelnen Delikten281
a)	Allgemein281
b)	Im Verhältnis der Berufsgruppen282
c)	Im Verhältnis der alten und neuen Bundesländer284
d)	Im Verhältnis von Nord/Süd286
e)	Zusammenhänge287
III.	Abspracheninitiative287
1.	Klassische Verfahrensbeteiligte287
2.	Besondere Verfahrensbeteiligte289
3.	Zeitpunkt291
4.	Art und Weise293
IV.	Absprachenort294
V.	Absprachenbeteiligte295
1.	StrafverteidigerInnen296
2.	StaatsanwältInnen297
3.	RichterInnen298
4.	Schöffen299
5.	Angeklagte(r)301
6.	Gesetzliche Vertreter302

Inhaltsverzeichnis

7. Erziehungsberechtigte303
8. JGH304
9. Opfer.306
10. Verletztenbeistand307
VI. Absprachengründe308
a) Allgemein308
b) Im Verhältnis der Berufsgruppen310
c) Im Verhältnis der alten und neuen Bundesländer313
d) Im Verhältnis Nord/Süd313
VII. Abspracheninhalte316
1. Zugeständnisse seitens des Angeklagten316
2. Zugeständnisse seitens der Justiz.317
a) Allgemein317
b) Sanktionsobergrenzen319
aa) Erziehungsmaßregel.321
bb) Zuchtmittel322
cc) Jugendstrafe323
dd) Zusammenfassung.324
3. Erfahrungsbericht325
VIII. Protokollierung von Absprachen327
1. In öffentlicher Hauptverhandlung327
2. In nicht-öffentlicher Hauptverhandlung329
IX. Überprüfung des absprachebedingten Geständnisses.331
X. Verbindlichkeit von Absprachen332
XI. Scheitern von Absprachen333
1. Allgemein333
2. Protokollierung von gescheiterten Absprachen.335
3. Gründe für das Scheitern von Absprachen336
4. Richterlicher Hinweis338
XII. Absprache – Erziehungsgedanke339
1. Kollision zwischen Absprache und Erziehungsgedanken339
2. Auswirkung des absprachebeeinflussten Verfahrens auf die Erziehung des Angeklagten346
XIII. Rechtsgrundlage für Absprachen.351
XIV. Gesetzliche Regelung von Absprachen im JGG355

C. Diskussion	. 357
I. Nachteil einer retrospektiven Untersuchung – Subjektive Sichtweise der Versuchspersonen	. 357
II. Vergleich mit Untersuchungen im allgemeinen Strafrecht	. 358
1. Bisherige empirische Untersuchungen	. 358
a) Hassemer/Hippler, 1986	. 358
aa) Methode	. 358
bb) Ergebnisse	. 359
b) Schünemann, 1986/1987	. 360
aa) Methode	. 360
bb) Ergebnisse	. 361
c) Lüdemann/Bußmann, 1989	. 362
aa) Methode	. 363
bb) Ergebnisse	. 363
d) Siolek, 1990/1991	. 364
aa) Methode	. 364
bb) Ergebnisse	. 364
e) Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse	. 365
2. Vergleich der Ergebnisse	. 367
a) Häufigkeit von Absprachen	. 367
b) Hauptanwendungsgebiete von Absprachen	. 369
c) Motive für Absprachen	. 370
d) Zustandekommen von Absprachen	. 371
e) Beteiligung des Angeklagten	. 372
f) Häufigste Zugeständnisse bei Absprachen	. 373
g) Bindungswirkung von Absprachen	. 374
h) Scheitern von Absprachen	. 374
i) Gesetzliche Regelung von Absprachen	. 375
j) Fazit	. 375
aa) Gemeinsamkeiten	. 375
bb) Unterschiede	. 376
III. Überprüfung anhand der Leitlinien der Rechtsprechung zum allgemeinen Strafrecht	. 377
1. Absprachenbeteiligung	. 377
2. Protokollierung offener Absprachen	. 378
3. Verbot der Zusage einer Punktstrafe	. 379

Inhaltsverzeichnis

4. Verbot des abgesprochenen Rechtsmittelverzichts	379
5. Überprüfung des abgesprochenen Geständnisses	380
6. Protokollierung von gescheiterten Absprachen	380
7. Hinweispflicht bei neuen Umständen.	381
8. Fazit	381
IV. Überprüfung der Abspracheninhalte im Jugendstrafrecht. . .	383
§ 5 Zusammenfassung und rechtspolitischer Ausblick	385
A. Zusammenfassung	385
B. Rechtspolitischer Ausblick.	390
I. Gesetzentwurf des Bundesrates vom 15.12.2006.	392
II. Anwendbarkeit im Jugendstrafrecht	394
1. Stellungnahme im Gesetzentwurf von Niedersachsen . .	394
2. Stellungnahme im Referentenentwurf	395
3. Stellungnahme im Gesetzentwurf des Bundesrates . . .	395
III. Fazit	396
Literaturverzeichnis	399
Anhang I: Papier-Fragebogen	433
Anhang II: Signifikante Ergebnisse	443
Anhang III: Abbildungsverzeichnis	507
Anhang IV: Tabellenverzeichnis	509
Anhang V: Gesetzentwurf des Bundesrates.	517